

Westliche Medien sehen die Zeichen an der Wand in der Ukraine

Die EU scheint nicht in der Lage zu sein, die Lage richtig einzuschätzen, und ist hoffnungslos von ihren eigenen illusorischen Vorstellungen abgelenkt.

25. November 2025 | Martin Jay

Es ist heutzutage kaum noch eine Neuigkeit, dass die westliche Presse nicht mehr den Interessen der USA und der ukrainischen Führung dient, indem sie die Propagandawerke, die zuvor pflichtbewusst stenografiert wurden, unkritisch übernimmt. In den letzten Tagen beobachten wir jedoch bei vielen Medien eine Abkehr von der bisherigen pro-westlichen Berichterstattung hin zu einer nüchterneren Variante, die, ohne es ausdrücklich zu sagen, den Krieg als *fait accompli* darstellt und eine pragmatischere Sichtweise für Paris, München und London fordert.

Interessanterweise scheint dies in der Wirtschaftspresse seinen Anfang genommen zu haben. Seit einigen Monaten berichtet die FT ohne rosarote Brille über den Krieg in der Ukraine und übt manchmal sogar Kritik an ihrem wichtigsten Verbündeten, der EU. Im Juli dieses Jahres zog die Zeitung die Samthandschuhe aus und veröffentlichte einen Artikel, den ich als ‚Verleumdungskampagne‘ [gegen Selensky selbst](#) bezeichnen würde, was für Aufsehen sorgte, da er einen Meilenstein darstellte.

In jüngerer Zeit haben wir auch einen recht scharfen Tonfall beobachtet, ebenfalls in der britischen Presse, wobei der *Telegraph* seine jüngste Reise nach Paris, wo er eine Absichtserklärung zum Kauf von 100 Rafale-Jets unterzeichnete, offen kritisierte, während ein Korruptionsskandal um ihn herum brodet, in den ein enger Freund verwickelt ist.

Aber die Wirtschaftspresse und ihre Tendenz, die Vorgehensweise des Westens kritischer zu betrachten, fallen besonders auf. Kürzlich war es Bloomberg, das in einem ziemlich mühsamen Artikel darauf hinwies, dass sowohl die westlichen Sanktionen gegen russische Ölfirmen als auch direkte Angriffe auf die russische Ölinfrastruktur die Benzinpreise für westliche Autofahrer in die Höhe treiben, was nur die fatalistische Strategie des Westens von Anfang an unterstreicht. Sanktionen gegen Russland scheinen das Land nur noch stärker zu machen und viele Länder des Globalen Südens in Richtung des BRICS-Modells zu treiben. Doch nun spricht Bloomberg die unangenehme Wahrheit über die Militärstrategie der Ukraine aus: Auch sie ist fatal fehlerhaft.

Die jüngsten Angriffe der Ukraine auf drei russische Raffinerien werden laut Bloomberg wahrscheinlich in absehbarer Zukunft zu einem Anstieg der Benzinpreise führen. Was die Autoren jedoch ebenfalls beunruhigt, sind die neuen EU-Gesetze, die voraussichtlich im Januar in Kraft treten und die jegliche Lieferungen von Diesel oder Benzin aus Ländern verbieten, die russisches Rohöl kaufen und selbst raffinieren. Der Autor fragt zu Recht: Werden die Schiffe der türkischen und indischen Raffinerien aus den EU-Häfen verbannt? Hätte das nicht an sich schon enorme negative Auswirkungen auf die Preise an den Zapfsäulen in ganz Europa?

Die EU scheint nicht in der Lage zu sein, zu rechnen, und ist hoffnungslos von ihren eigenen illusorischen Vorstellungen abgelenkt. Anstatt die Wirtschaftskrise in den 27 Mitgliedstaaten, die

Frankreich und Deutschland in neue Tiefen der Verzweiflung stürzt, direkt anzugehen, stolpert sie munter weiter in ihrer Besessenheit, Krieg gegen Russland zu führen, obwohl die Beweise dafür, dass sie nicht über die dafür notwendigen finanziellen Mittel verfügt, auf der Hand liegen.

Ursula von der Leyen schlägt vor, dass die EU 800 Milliarden Euro leiht, um die nationalen Regierungen für den Kauf von mehr Ausrüstung auszustatten, während Deutschland weitere schmerzhafte Kürzungen im Sozialbereich in Kauf nehmen muss, nur um den eigenen Haushalt auszugleichen. Natürlich ist das nicht ihre Entscheidung. Sie mag zwar eine solch lächerliche Idee vorschlagen, aber im Moment gibt es zumindest noch Spuren eines demokratischen Prozesses in der EU, der diese Entscheidung über den grauen, seelenlosen EU-Ministerrat in Brüssel an die Mitgliedstaaten weiterleitet.

Viele EU-Länder sehen die Logik einer solch verrückten Idee nicht ein, was vdL ein Problem bereiten wird, während die Abgeordneten im EU-Parlament während der Plenarsitzungen buchstäblich Schlange stehen, um sie in drei Minuten zu diffamieren – was in der Geschichte des EU-Projekts völlig beispiellos ist und wobei die meisten ihren Rücktritt fordern.

Ihre Antwort stammt fast aus dem Nazi-Handbuch: sich zurückziehen und versuchen, dem EU-Club noch mehr Orwellsche Regeln aufzuzwingen, die alle unabhängigen Medien unterdrücken und es den EU-Wächtern ermöglichen, nach Belieben auszuspionieren, wen sie wollen. Tatsächlich hätte Orwell sich so etwas selbst nicht ausdenken können.

In nur einer Woche wurde in der EU ein italienischer Journalist von seiner eigenen Agentur entlassen, nur weil er einem EU-Sprecher eine Frage gestellt hatte, während Lobbyisten in Brüssel, die von der Leyens Kompetenz in Frage stellen, ihre Bankkonten eingefroren bekommen und mit Gerichtsverfahren rechnen müssen. Wird sie jemals zurücktreten, trotz mindestens zweier Misstrauensanträge, die im EU-Parlament eingereicht wurden? Werden die EU-Spitzenpolitiker jemals erkennen, dass der Wahnsinn dieser modernen Diktatur und ihr Streben nach absoluter Kontrolle um jeden Preis das ganze Schiff zum Sinken bringen wird? Die EU scheint alles zu tun, um die EU-Volkswirtschaften zu zerstören, damit sie die Rolle einer falschen Supermacht spielen kann, indem sie eine empirische Rolle im Ukraine-Krieg übernimmt.

Die Situation hat mittlerweile ein solches Ausmaß an Parodie erreicht, dass wir über Steuererhöhungen in ganz Europa und damit zwangsläufig über einen Anstieg der Arbeitslosigkeit sprechen, damit die EU-Länder weiterhin einen Krieg mit Russland finanzieren können, während Selensky und seine Kumpane wöchentlich Milliarden abschöpfen – und der ukrainische Präsident selbst mit Geld, das er nicht hat, französische Kampfflugzeuge bestellt. Und während dies geschieht, beginnen die westlichen Medien gerade erst, sich näher mit der Korruption zu befassen und auf das Scheitern der Sanktionen und die weiteren Preissteigerungen für Kraftstoff an den Tankstellen hinzuweisen.

Eine nüchternere Berichterstattung ist willkommen, auch wenn sie absurd spät kommt. Spiegelt die Berichterstattung von Medien wie der FT und Bloomberg den Zynismus und die Verzweiflung der großen Konzerne wider, die eins und eins zusammengezählt und erkannt haben, dass die einzige sinnvolle Sichtweise derzeit darin besteht, wie Europa seine Verluste begrenzen und den Krieg beenden kann?